

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Klimaschutz, Mobilität und Planung
am Mittwoch, dem 14.01.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf
(4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:00 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Bericht der Verwaltung	5
2.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	6
3.	Einführung und Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern 240/2025	7
4.	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin und der Stellvertretung 239/2025	8
5.	Entsorgungsentgelte 2026 238/2025	9
6.	Machbarkeitsstudie WLE Sendenhorst - Beckum - Lippstadt 249/2025	10
7.	Schnellbuslinie X100 Osnabrück/Glandorf-Sassenberg-Warendorf-Ennigerloh-Beckum 248/2025	12
8.	Wahl des Naturschutzbeirates 241/2025	14
9.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2026 250/2025	15

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Bericht der Verwaltung

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Anlauf, Andreas	
Austrup, Norbert	
Blex, Christian, Dr.	
Budde, Heinrich	
Flöthmann, Andrea	
Grap, Valeska	
Gutsche, Guido	
Heringloh-Poll, Norbert	
Keitlinghaus, Ulrike Christine, Dr.	
Kreft, Peter	
Lepper, Martin	
Lindstedt, Alexandra	
Marx, Burkhard	
Ommen, Detlef	
Rosenbaum, Ulf	
Schlösser, Ulrich	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
Tomsa, Britta	
Vöcking, Knud	
stellv. Ausschussmitglieder	
Geppert, Jens	Herr Geppert war anwesend um als sachkundiger Bürger verpflichtet zu werden. Anschließend hat er als Gast an der Sitzung teilgenommen.
von der Verwaltung	
Gurmann, Alexander	
Hackelbusch, André	
Kalthoff, Manuela	
Ottmann, Michael	
Terwey, Martin	
Gäste	
Dr. Bleicher, Herbert	
Ressel, Thomas	

Niederschrift Sitzung Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 14.01.2026	- 4 -
---	-------

Herr Gutsche begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest.

I. Öffentlicher Teil

1. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Herr Ottmann berichtet über die teilweise aufgehobene Reitregelung und erläutert das weitere Vorgehen. Die Herausnahme von 4 Waldgebieten aus der Freistellungsregelung des Kreises wurde für unzulässig erachtet. Ein erhöhter Freizeitdruck konnte nicht nachgewiesen werden. Sollte dieser zukünftig festgestellt werden, werde man entsprechend reagieren. Bis dahin gelte für die Waldgebiete die allgemeine gesetzliche Regelung.

Die Situation in diesen Waldgebieten werde weiterhin beobachtet. Bei Bedarf solle zu einem späteren Zeitpunkt entsprechend reagiert werden.

Niederschrift Sitzung Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 14.01.2026	- 6 -
---	-------

2.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
-----------	---	--

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

3.	Einführung und Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern	240/2025
-----------	--	-----------------

Die Sachkundigen Bürger Andrea Flöthmann, Peter Kreft, Detlef Ommen und Jens Geppert (als Stellvertreter nur zur Verpflichtung anwesend) werden durch den Ausschussvorsitzenden eingeführt und verpflichtet.

4.	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin und der Stellvertretung	239/2025
-----------	--	-----------------

Herr Gutsche lässt über den Vorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Herr Michael Ottmann, Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt wird als Schriftführer für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung bestellt. Er wird durch die übrigen Dezernenten der Kreisverwaltung Warendorf vertreten.

Beschluss: einstimmig

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19

5. Entsorgungsentgelte 2026

238/2025

Herr Gutsche begrüßt Herrn Dr. Bleicher, Geschäftsführer der AWG, der zum Tagesordnungspunkt berichtet.

Herr Dr. Bleicher erläutert, dass der Aufsichtsrat die Erhöhung bereits im vergangenen Jahr vorbereitet habe. Es handele sich um eine moderate Anpassung von rund 2,2 Prozent. Er führt aus, in welchen Bereichen Kostensteigerungen zu verzeichnen seien, und nennt dazu Beispiele. Der gesamte Hausmüll werde in der Ersatzbrennstoffanlage behandelt und teilweise im Anschluss einer biologischen Behandlung unterzogen. Zudem seien die Kosten für Fremdentorgung gestiegen, ebenso die Personalkosten aufgrund notwendiger Neueinstellungen und Tarifierhöhungen sowie die Versicherungsbeiträge.

Herr Rosenbaum (CDU) bedankt sich bei Herrn Dr. Bleicher und hebt hervor, dass die Kosten weitestgehend stabil gehalten worden seien. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Für die SPD bedankt sich Herr Ommen ebenfalls bei Herrn Dr. Bleicher. Er betont, dass die Entsorgungsentgelte von vielen Faktoren abhängig seien. Die Stabilität der Preise sei insbesondere für die Verbraucher wichtig; die Belastung der Bevölkerung dürfe nicht steigen. Zudem unterstreicht er die Bedeutung gezielter Öffentlichkeitsarbeit, damit der Müll in der richtigen Tonne entsorgt werde.

Herr Schlösser (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich ebenfalls und erklärt, dass seine Fraktion der Erhöhung der Entsorgungsentgelte zustimmen werde. Er weist darauf hin, dass die Brennstoffverwertung in der Zementindustrie stärker in den Fokus genommen werden solle. Zudem solle geprüft werden, ob auch andere Unternehmen Ersatzbrennstoffe verwerten könnten, da die AWG darauf angewiesen sei.

Abschließend spricht Herr Dr. Bleicher eine Einladung an die Ausschussmitglieder aus, die AWG zu besuchen und dort eine Sitzung durchzuführen.

Herr Gutsche (CDU) schlägt vor, die Juni-Sitzung hierfür vorzusehen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Den Entsorgungsentgelten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19

6. Machbarkeitsstudie WLE Sendenhorst - Beckum - Lippstadt	249/2025
---	-----------------

Herr Gutsche (CDU) begrüßt Herrn Ressel, Abteilungsleiter Planung beim NWL. Dieser stellt anhand der beigefügten Präsentation die Machbarkeitsstudie zur WLE-Strecke Sendenhorst – Beckum – Lippstadt vor. Er erläutert den Ausschussmitgliedern den Streckenverlauf sowie die finanziellen Rahmenbedingungen der Planung. Dabei hebt er hervor, dass die Planungsmittel aus demselben Budget wie die laufenden Verkehre finanziert würden, sodass bei steigenden Betriebskosten weniger Mittel für Planungen zur Verfügung stünden.

Zudem erläutert Herr Ressel die Kostenberechnung sowie das System der vergleichenden Bewertung. Er stellt die Struktur und den Aufbau der Machbarkeitsstudie dar und erklärt das zugrunde gelegte Fahrzeug- und Betriebskonzept. Anhand der Präsentation führt er aus, dass sich die Strecke Münster – Sendenhorst derzeit in der sogenannten „grünen Phase“ befinde.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Blex (AfD) erklärt Herr Ressel, dass es sich um ein komplexes Verfahren handle. Durch die Umsetzung des Projektes könnten jährlich rund 180.000 Pkw-Kilometer eingespart werden. Zudem seien die Kosten im Vergleich zum Autobahnneubau deutlich geringer; für zehn Kilometer Autobahn könnten etwa 50 Kilometer Schienenstrecke realisiert werden. Die von Herrn Dr. Blex geäußerte Einschätzung, die dargestellten Zahlen seien utopisch, weist Herr Ressel zurück.

Herr Ommen bedankt sich bei Herrn Ressel und betont die verkehrspolitische Bedeutung der Maßnahme. Es sei wichtig, dass neben Enniger auch Ennigerloh in die Planungen einbezogen werde. Zudem weist er darauf hin, dass der landesweite ÖPNV-Bedarfsplan seit über zehn Jahren nicht aktualisiert worden sei. Er äußert Zweifel an einer zeitnahen Umsetzung des Projektes und betont, dass zunächst die Bestandsverkehre gesichert werden müssten. Kritisch merkt er an, dass der Bund die Regionalisierungsmittel nicht in ausreichendem Maße bereitstelle. Abschließend erklärt er, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich an der Umsetzung des Projektes mitarbeiten werde.

Herr Schlösser (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich dem an und hebt hervor, dass es sich um einen langen Planungsprozess handle, jedoch alles Notwendige getan werden solle. Ein attraktives Angebot ziehe auch entsprechende Nachfrage nach sich. Seine Fraktion stehe voll hinter dem Projekt – auch perspektivisch.

Herr Vöcking (Die Linke) unterstützt diese Einschätzung.

Im weiteren Verlauf wird die Frage aufgeworfen, ob auch die Umsetzung von Teilstrecken möglich sei. Dabei wird betont, dass dennoch die Gesamtstrecke im Blick behalten werden müsse.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Keitlinghaus (CDU), ob zukünftige technische Entwicklungen wie autonomes Fahren oder die zunehmende Verbreitung von Homeoffice in der Machbarkeitsstudie berücksichtigt worden seien, erklärt Herr Ressel, dass dies nicht erfolgt sei.

Herr Rosenbaum (CDU) bedankt sich für den Vortrag und hebt hervor, dass das Projekt sehr interessant sei, sofern die finanziellen Mittel zur Umsetzung bereitgestellt würden.

Frau Tomsa (FDP) bedankt sich ebenfalls bei Herrn Ressel. Sie äußert die Hoffnung, dass das Verfahren nicht so lange dauere wie beim Projekt Münster – Sendenhorst, und begrüßt es, wenn Planungen bereits vorlägen, um bei Gelegenheit schnell reagieren zu können.

Abschließend erklärt Herr Ressel, dass er davon ausgehe, dass die neue Trasse noch vor der Landtagswahl in den ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen werde. Ob das Projekt tatsächlich umgesetzt werde, hänge von politischen Entscheidungen ab.

Herr Gutsche (CDU) betont abschließend, dass eine Umsetzung nur langfristig möglich sei und es sich eher um ein Projekt für nachfolgende Generationen handele.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7.	Schnellbuslinie X100 Osnabrück/Glandorf-Sassenberg-Warendorf-Ennigerloh-Beckum	248/2025
-----------	---	-----------------

Herr Terwey stellt anhand der beigegeführten Skizze erneut die Streckenführung vor.

Herr Ressel erläutert, dass die Anbindung durch die Schnellbuslinie X100 (Beckum – Glandorf) eine deutliche Verbesserung des Nahverkehrsangebotes darstelle. Das Land stelle dem NWL zur Finanzierung von sechs Schnellbuslinien bis 2032 insgesamt rund 40 Mio. Euro zur Verfügung. Im Kreis Warendorf geht es um eine jährliche Förderung von etwa 300.000 Buskilometern. Die Förderung komme beinahe einer Vollfinanzierung gleich, so Herr Ressel. Allerdings müsse der Kreis auch einen Eigenanteil leisten.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich für die Ausführungen.

Auf Nachfrage von Herrn Rosenbaum (CDU) erklärt Herr Terwey, dass die Finanzierung möglicherweise das größte Hindernis darstelle. Die Kosten pro Buskilometer richten sich nach der Gesamtzahl der gefahrenen Kilometer; je höher die Buskilometerzahl, desto geringer sei die Förderung pro Kilometer. Die Schnellbuslinie müsse spätestens Ende 2027 in Betrieb gehen. Derzeit fänden Gespräche mit Busunternehmen statt.

Zudem müsse eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Osnabrück abgeschlossen sowie der Nahverkehrsplan fortgeschrieben werden. Herr Terwey kündigt an, den Ausschuss hierzu rechtzeitig zu beteiligen.

Herr Schlösser (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass seine Fraktion das Vorhaben unterstütze.

Herr Vöcking (Die Linke) begrüßt das Projekt und erkundigt sich, ob ausreichende Kapazitäten der Verkehrsunternehmen vorhanden seien. Herr Terwey antwortet, dass seitens der RVM und der WB signalisiert worden sei, dass dies machbar sei. Zudem werde es auf der Linie R63 zu Einsparungen von Ressourcen kommen.

Herr Ressel ergänzt, dass ursprünglich von einer Vollfinanzierung ausgegangen worden sei. Das Ministerium habe inzwischen jedoch mitgeteilt, dass es keine vollständige Finanzierung geben werde. Mit einer Förderung von 3,00 bis 3,50 Euro pro Buskilometer liege diese dennoch auf einem sehr hohen Niveau; insbesondere im Ruhrgebiet seien die Zuschüsse deutlich geringer.

Herr Lepper (FWG) erkundigt sich nach der Anbindung in Füchtorf. Herr Terwey erklärt, dass dort zum jetzigen Zeitpunkt zumindest eine Haltestelle an der B475 vorgesehen sei. Eine Erschließung der Ortslage ist in Abhängigkeit von den Förderrichtlinien und der Fahrzeugumläufe im Rahmen der Feinplanung zu prüfen.

Herr Ommen (SPD) merkt an, dass zunächst von einer Laufzeit bis 2031 die Rede gewesen sei, das Projekt nun jedoch bis Ende 2032 laufe. Ihm sei wichtig, dass die Linie nicht nur befristet, sondern dauerhaft eingerichtet werde. Er weist darauf hin, dass in anderen Kreisen Angebote nach Auslaufen der Förderung wieder eingestellt worden seien. Da er das Projekt für sinnvoll halte und positive Effekte für die Bevölkerung sehe, werde er es unterstützen, sofern es finanziell tragbar sei.

Herr Ressel betont erneut, dass die Finanzierung des ÖPNV/SPNV aus Regionalisierungsmitteln des Bundes ab 2033 grundsätzlich noch nicht geregelt sei. Alle Beteiligten gehen von einer Fortführung aus, aber die Höhe und Auskömmlichkeit der Mittel sei derzeit noch unklar.

Frau Tomsa (FDP) fragt nach, welche Perspektive nach dem Förderzeitraum bestehe und in welchem Umfang sich der Kreis finanziell beteiligen müsse.

Herr Terwey erklärt, dass die Kosten der X100 vor einem abschließenden Beschluss der Kreispolitik ermittelt werden und bis zum Ende des Förderzeitraums auch die Inanspruchnahme der Linie und die daraus resultierenden Einnahmen abgeschätzt werden können, so dass die Fortführung der Linie im Jahr 2032 erneut beraten werden könne.

Herr Budde (CDU) bedauert, dass das Projekt im Oktober 2025 noch als Vollfinanzierungsprogramm vorgestellt worden sei und nun eine erhebliche Unsicherheit hinsichtlich der finanziellen Beteiligung des Kreises bestehe.

Herr Ottmann erläutert dazu, dass es im Herbst zunächst um eine Interessenbekundung gegenüber dem Land als Fördergeber gegangen sei; nun müsse das Gesamtprojekt betrachtet werden. Hinsichtlich der Finanzierung weist er darauf hin, dass durch den potentiellen Einsatz der X 100 bei parallellaufenden Linien vermutlich Mittel gespart werden, die wiederum bei der Finanzierung gegengerechnet werden können.

Herr Gutsche bedankt sich für den regen Austausch und weist darauf hin, dass die entsprechenden Vorlagen im Rahmen der Ausschusssitzungen behandelt würden. Anschließend müsse eine Entscheidung getroffen werden.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8. Wahl des Naturschutzbeirates
--

241/2025

Herr Dr. Blex (AfD) erkundigt sich, ob über die Vorschläge insgesamt abgestimmt werden müsse. Herr Ottmann erklärt, dass dies rechtlich zulässig sei und auch so verfahren werden solle.

Daraufhin erklärt Herr Dr. Blex (AfD), dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen könne. Dies begründet er damit, dass die Verbände BUND und NABU beteiligt seien und diese Verbände für den Naturschutz keinen Mehrwert hätten. Einer Besetzung des Beirates mit Vertretern der anderen Verbände hätte er hingegen zustimmen können.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Keitlinghaus (CDU) wird darauf hingewiesen, dass die Besetzung des Beirates nach § 70 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) geregelt sei. Das Vorschlagsrecht obliegt den Vereinigungen/Organisationen.

Herr Rosenbaum (CDU) widerspricht der Aussage von Herrn Dr. Blex ausdrücklich und hebt die Bedeutung der Verbände hervor.

Beschlussvorschlag:

Die von den gem. § 70 Landesnaturschutzgesetz NRW vorschlagsberechtigten Verbänden benannten und in der Anlage aufgeführten Personen werden zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Naturschutzbeirates gewählt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 17 Nein 2 (AfD)

9.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2026	250/2025
-----------	---	-----------------

Da kein weiterer Beratungsbedarf besteht, lässt Herr Gutsche für die Vorlage zum Haushalt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 wird, soweit eine Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 17 Nein 2 (AfD)

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Gutsche um 11.00 Uhr die Sitzung.

Guido Gutsche
Vorsitzender

Michael Ottmann
Schriftführer